



Pressemitteilung

29.11.2013

Unterbringung für Zuwanderer und wohnungslose Menschen in der Rahlstedter Straße

Am 27. November wurden alle Fraktionen der Bezirksversammlung Wandsbek von der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration darüber informiert, dass das Gelände an der Rahlstedter Straße 8 kurzfristig als Standort für die Einrichtung einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung für Zuwanderer und wohnungslose Menschen genutzt werden soll. Es sind Plätze für 130 Menschen vorgesehen.

Wir gehen fest davon aus, dass die vorgesehene Größenordnung der Einrichtung in diesem Umfeld verträglich ist. Die aktuellen Erfahrungen z. B. mit dem Standort August-Krogmann-Straße in Farmsen, wo ca. 350 Personen untergebracht wurden, zeigen uns, dass zunächst verständliche Vorbehalte sich nicht bestätigen.

Von Januar bis Oktober diesen Jahres haben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bundesweit 74% mehr Menschen Asyl beantragt. Mit der Fläche in der Rahlstedter Straße kann ein wichtiger Beitrag geleistet werden, um die aktuelle Notlage der fehlenden Unterbringungsmöglichkeiten in Hamburg zu mildern.

Dazu die Wandsbeker Fraktionsvorsitzenden Anja Quast (SPD) und Susanne Zechendorf (Die Grünen): „Vor diesem Hintergrund hoffen wir auf die Bereitschaft der Anwohnerinnen und Anwohner in Rahlstedt, die gemeinsame Aufgabe mit zu tragen und den bedürftigen Menschen eine Zuflucht zu bieten. Auch wenn für diese Maßnahme die Fachbehörde zuständig ist, sehen wir die Wandsbeker Kommunalpolitik in der Pflicht die Umsetzung der Unterbringung gerade in Wohngebieten zu begleiten und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner in Einklang mit dem Notwendigen zu bringen. Daher bieten wir uns als Fraktionen von SPD und Grünen jederzeit für Fragen, Vorschläge und Kritik zu dieser Notunterkunft an.“

Am 10. Dezember findet eine Informationsveranstaltung des Bezirksamts zu den Hintergründen und den Planungen für die Umsetzung statt (19 Uhr, Mensa des Gymnasiums Rahlstedt, Scharbeutzer Str. 36).